

Israel setzt erneut unbefristete Inhaftierungen gegen palästinensische Staatsbürger ein

Yoav Haifawi, mondoweiss.net, 13.06.21

Israel verwendet häufig Verwaltungshaft gegen Palästinenser in den besetzten Gebieten. Nun nimmt die israelische Regierung auch palästinensische Bürger Israels auf unbestimmte Zeit in Haft.

Israels Behauptung, eine Demokratie zu sein, basiert auf vielen falschen Darstellungen. Die offensichtlichste Verzerrung ist die Vorstellung, dass es ein „demokratisches Israel“ gibt, das neben den vorübergehend besetzten Gebieten, der Westbank und dem Gazastreifen, existiert. In Wirklichkeit betreibt Israel eine aggressive ethnische Säuberung in allen besetzten Gebieten und illegale Siedler sind die stärkste Kraft in der israelischen Politik.

Zusätzlich zu Massenverhaftungen und gewalttätigen Angriffen von Polizei und Grenzschutz gegen die breite Bevölkerung greift Israel erneut auf die administrative Inhaftierung von Palästinensern zurück, die formell als Staatsbürger anerkannt sind.

Die ergänzende Irreführung ist die Vorstellung, dass die Palästinenser in den seit 1948 von Israel besetzten Gebieten Staatsbürger seien, die volle Bürgerrechte genießen, auch wenn ihnen nationale Rechte verweigert werden. Wann immer die Palästinenser, die formal Staatsbürger sind, sich organisieren, um gegen ihre Diskriminierung zu protestieren, offenbart der Staat seine wahre diktatorische Natur als Besatzungsmacht.

Eine der extremsten Maßnahmen der militärischen Unterdrückung ist die administrative Inhaftierung. Unter Israels „Notstandsgesetzen“ - und wohlgerneht hat der „Notstand“ in Israel die vergangenen 73 Jahre seit seiner Gründung andauert - können die Militärbehörden die Inhaftierung jeder Person ohne Anklage für bis zu sechs Monate anordnen, die unbegrenzt oft verlängerbar ist. Administrativer Arrest wird üblicherweise gegen Palästinenser in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten eingesetzt, aber es gibt auch eine lange Geschichte, in der er gegen palästinensische Staatsbürger Israels angewendet wurde. Diese Art von Gesetzen wurde benutzt, um die „al-Ard“-Bewegung zu zerschlagen - die erste palästinensische politische Bewegung, die in den fünfziger und sechziger Jahren versuchte, sich in „48 Palästina“ zu organisieren.

Im Jahr 1988, auf dem Höhepunkt der ersten Intifada, wurden etwa 10 führende Mitglieder von „Abna al-Balad“, einer linken Graswurzelbewegung, unter Verwaltungshaft genommen. Jetzt, angesichts des jüngsten Volksaufstandes in Solidarität mit Sheikh Jarrah, gegen die Bombardierung des Gazastreifens und gegen die faschistischen Angriffe auf die palästinensischen Bewohner in den gemischten Städten, wird sie wieder eingesetzt. Zusätzlich zu Massenverhaftungen und gewalttätigen Angriffen von Polizei und Grenzschutz gegen die breite Bevölkerung greift Israel erneut auf die administrative Inhaftierung von Palästinensern zurück, die formell als Staatsbürger anerkannt sind.

Zafer Jabareens Anwalt, Mahmoud Jabareen, versuchte Fragen zu den Anschuldigungen oder Verdächtigungen gegen Zafer zu stellen, aber ihm wurde gesagt, dass das gesamte Material geheim sei. Er sagte dem Gericht, dass er seinen Mandanten nicht verteidigen könne, ohne zu wissen, warum dieser inhaftiert wurde. Er durfte nicht einmal im Gerichtssaal anwesend sein, als die *Shabak* dem Richter „geheime Beweise“ vorlegte.

Am Freitag, 4. Juni, verhaftete die Polizei während einer Massenverhaftungsaktion in Umm al-Fahm Zafer Jabareen. Einen Tag nach seiner Verhaftung wurde Jabareen mit den anderen Verhafteten zum Gericht gebracht und seine Haft wurde für weitere 3 Tage ausgesetzt, mit der Behauptung, dass er wegen seiner Teilnahme an der Störung der öffentlichen Ordnung verhört werden sollte.

Er wurde zur *Shabak* (der geheime Sicherheitsdienst)-Haftanstalt gebracht - aber nicht wirklich verhört. Am Dienstag, 8. Juni, wurde Jabareen, anstatt ihn freizulassen oder zu einer weiteren Untersuchungshaftanhörung zu bringen, darüber informiert, dass Israels Kriegsminister Benny Gantz einen Verwaltungshaftbefehl über vier Monate gegen ihn unterzeichnet habe.

Am nächsten Tag wurde er dem Richter Ron Shapira vorgeführt, dem Leiter des Bezirksgerichts von Haifa, der die „richterliche Aufsicht“ über seine Inhaftierung hat.

Zafer Jabareen, 44 Jahre alt, wurde 2002, zur Zeit der Zweiten Intifada, unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation und staatsfeindlicher Aktivitäten verhaftet. Er wurde zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung im Jahr 2019 heiratete er und arbeitete auf dem Bau. Seine Frau ist nun schwanger mit ihrem ersten Kind und wird ihren Mann in dieser kritischen Zeit vermissen.

Die *United Fahmawi Herak* und das Volkskomitee von Umm al-Fahm riefen zu einer Demonstration vor dem Gericht in Haifa während der Anhörung am Mittwoch, 9. Juni, auf. Etwa hundert Menschen versammelten sich vor dem Gericht, darunter Führer aller palästinensischen politischen Parteien, der Bürgermeister von Umm al-Fahm, Dr. Samir Subhi Mahamid, und viele Jugendaktivisten des *Herak*. Die Polizei war ebenfalls mit vielen schwer bewaffneten Militärs anwesend und riegelte den Bereich um den Eingang des Gerichts komplett ab. Die Demonstranten trugen Plakate in Arabisch, Hebräisch und Englisch in Solidarität mit Zafer Jabareen, forderten ein Ende der Administrativhaft und prangerten die Verhaftungskampagne gegen die palästinensische Bevölkerung an.

Als Zafer Jabareens Anwalt, Mahmoud Jabareen, aus der Anhörung kam, informierte er die Demonstranten und die Presse über den Verlauf der Vernehmung. Er konnte seine Frustration nicht verbergen. Er versuchte, Fragen zu den Anschuldigungen oder Verdächtigungen gegen Zafer zu stellen, aber ihm wurde gesagt, dass das gesamte Material geheim sei und keine Antworten gegeben werden würden. Er sagte dem Gericht, dass er nichts tun könne, um seinen Mandanten zu verteidigen, ohne zu wissen, warum er inhaftiert wurde. Er durfte nicht einmal im Gerichtssaal anwesend sein, als die *Shabak* dem Richter „geheime Beweise“ vorlegte.

Ich habe später mit dem Anwalt gesprochen und er hat mir erklärt, dass die Administrativhaft auf einem alten „Notstandsgesetz“ basiert und nicht dem neueren Gesetz für die Strafhaft unterliegt. Im Gesetz über die strafrechtliche Inhaftierung ist der Richter verpflichtet, die Menschenrechte des Inhaftierten zu berücksichtigen, wenn er feststellt, dass es eine rechtliche Grundlage für die Inhaftierung gibt, sollte er dennoch prüfen, ob es andere Möglichkeiten gibt, den Inhaftierten zu überwachen, ohne ihn im Gefängnis festzuhalten.

„Wenn dein Richter dein Unterdrücker ist, bei wem beschwerst du dich dann?“

Im Notstandsgesetz, das die Administrativhaft regelt, gibt es, da keine Anklage existiert und keine Möglichkeit für den Inhaftierten, sich zu verteidigen oder „geheime Beweise“ zu widerlegen, auch keine Rücksicht auf die Menschenrechte des Inhaftierten, und dem Gericht ist es nicht einmal erlaubt, andere Möglichkeiten der Überwachung zu erwägen.

Bei der Polizei und der Shabak ist es beliebt, die Androhung von Administrativhaft als Mittel einzusetzen, um den Willen der verhörten Personen zu brechen. Sie können den Verhörten sagen, dass sie, wenn sie kein Verbrechen gestehen, und selbst wenn es keine Beweise gegen sie gibt, sich trotzdem für eine unbegrenzte Zeit im Gefängnis wiederfinden können. Schließen Sie also besser einen „Deal“ ab, dann wissen Sie wenigstens, wann Sie aus dem Gefängnis kommen.

In der Zwischenzeit hat *Haaretz* im Bericht über Jabareens Verwaltungshaft erwähnt, dass es einen weiteren Verwaltungshäftling aus der Gegend von Nazareth gibt. Dieser Gefangene wurde ebenfalls zum Verhör festgehalten (am 17. Mai) und später in die Administrativhaft überführt.

Am Sonntag, 13. Juni, veröffentlichte Richter Shapira seine Entscheidung, mit der er General Gantz' Verwaltungshaftbefehl gegen Zafer Jabareen bestätigte. Jabareens Familie und Freunde sowie einige politische Aktivisten versammelten sich vor den verschlossenen Türen des Gerichtssaals und waren nicht überrascht, dieses Urteil zu hören. Einige von ihnen zitierten den bekannten Spruch: „Wenn dein Richter dein Unterdrücker ist, bei wem beschwerst du dich dann?“

Übersetzung Pako: palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://mondoweiss.net/2021/06/israel-renews-the-use-of-administrative-detention-against-palestinian-citizens/>